

Presseerklärung
15. Januar 2007

Informeller Rat in Dresden diskutiert Konzept von Schäuble und Sarkozy **PRO ASYL: „Rückwärtsgewandt und repressiv – Grenzschutz statt Flüchtlingsschutz“**

Heute wird die „deutsch-französische Initiative für eine neue europäische Einwanderungspolitik“ im Kreis der 27 EU-Innenminister diskutiert. Nach Auffassung von PRO ASYL darf dieses Papier nicht Grundlage der künftigen EU-Asyl- und Migrationspolitik werden. „Es ist rückwärtsgewandt und repressiv. Grenzschutz statt Flüchtlingsschutz ist die Essenz dieser Initiative“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat mit seinem französischen Kollegen Nicolas Sarkozy diese Initiative am 26. Oktober 2006 den Innenministern der sechs großen EU-Staaten vorgelegt und große Zustimmung erfahren. Die beiden Innenminister wollen das Grenzregime noch effizienter gestalten, mit Frontex-Einsätzen, mit gemeinsamen Grenzschutzpatrouillen, mit mehr Rückübernahmeabkommen, mehr gemeinsamen Abschiebeflügen und mehr Druck auf die Herkunftsländer. Die Botschaft an die Transit- und Herkunftsländer ist: Im Falle von Kooperation gibt es mehr Entwicklungshilfe und vielleicht künftig ein Einwanderungskontingent. Bei nicht kooperationsbereiten Drittstaaten sind ernsthafte Sanktionsmaßnahmen der EU zu erwägen. Anstatt eine Zuckerbrot und Peitsche-Politik bei der Rückübernahme von Flüchtlingen und Migranten zu betreiben, fordert PRO ASYL ein Ende der Kumpanei bei Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen und Migranten in Transitstaaten wie Libyen und Marokko.

Zwischen Weihnachten 2006 und Neujahr wurden über 400 subsaharische Flüchtlinge und Migranten in Marokko festgenommen und an der algerischen Grenze ausgesetzt. Es kam zu schweren Misshandlungen, verübt von algerischen und marokkanischen Sicherheitskräften. Mehrere Frauen wurden bei dieser Polizeiaktion vergewaltigt. Eine schwangere Frau verlor ihr Baby. Diese Menschenrechtsverletzungen reihen sich ein in eine Kette von Gewaltaktionen gegenüber Schutzsuchenden in Marokko – und Europa schweigt und schaut weg.

gez. Karl Kopp
Europareferent

Verweis: Das Positionspapier von PRO ASYL zum Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft finden Sie auf unserer Homepage
